

Anja Köhne

## Die Außen- und Sicherheitspolitik der EU: globaler Vorreiter eines erweiterten Sicherheitsbegriffs?<sup>1</sup>

„Wir, die EU, haben eine gewisse Toolbox. Der Hammer, d.h. die Sicherheitspolitik, ist dazu gekommen. Das ist gut so, aber nicht jedes Problem ist ein Nagel.“  
(Ein ehemaliger Leiter der EU-Delegation in Washington, zitiert von Sven Grimm, Overseas Development Institute, London<sup>2</sup>)

„It was less a question of solving problems, which are mostly in the nature of things, than of putting them in a more humane perspective, and making use of them to serve the cause of international peace.“  
Jean Monnet, *Memoirs* (London 1978)

### 1 Die außen- und sicherheitspolitischen Impulse der EU

Das Verständnis von Sicherheit, Bedrohungen und Sicherheitsstrategien erfährt zur Zeit einen tiefgreifenden Wandlungs- und Orientierungsprozess. Davon zeugen auch die Beiträge dieses Buches. In der Europäischen Union (EU), deren sicherheitspolitisches Profil in den letzten Jahren zunehmend diskutiert und ausdifferenziert wurde, gehören zu den Auslösern des genannten Prozesses nicht nur die Fragestellungen, die sich aus dem Ende des Kalten Krieges, aus den Balkankriegen, der Globalisierung, den Folgen des 11. Septembers sowie den transatlantischen sicherheitspolitischen Divergenzen ergeben, sondern auch die Probleme, die mit der Integration unterschiedlicher sicherheitspolitischer Modelle der EU-Mitgliedsstaaten sowie mit den geteilten Kompetenzen zwischen nationaler und supranationaler Ebene verbunden sind.<sup>3</sup>

Die Europäische Integration bzw. die „Methode Monnet“, die durch enge wirtschaftliche Kooperation und Verflechtung, durch täglichen Austausch und gemeinsame Institutionen den Frieden und die Prosperität in Europa sichern will<sup>4</sup>, ist zweifelsohne ein von Erfolg gekröntes Modell für eine Weltregion. Multilateralismus, Völkerrecht und *rule of law* sind fest verankert im Selbstverständnis und im außenpolitischen Handeln der EU. Den internationalen Vergleich muss die EU nicht scheuen, wenn es um Fortschritte im lokalen bis globalen Umweltschutz sowie um Verantwortungsbereitschaft gegenüber den unterschiedlichen Lebensverhältnissen in Nord und Süd geht – auch wenn dieses relativ positive Profil immer noch weit hinter dem zurückfällt, was für eine wirklich global und intergenerational gerechte, ökologisch nachhaltige Entwicklung nötig wäre. Auch in der Außen- und Sicherheitspolitik der EU lassen sich gute Ansatzpunkte finden, wobei allerdings noch unklar ist, in welche Richtung der Trend geht.

## Historischer Abriss

Dies alles ist natürlich nicht vom Himmel gefallen. Während die wirtschaftliche und politische Integration in den letzten 50 Jahren deutliche Fortschritte zu verzeichnen hatte (von EGKS bzw. „Montanunion“ über EWG, EG, zur heutigen EU), war die außen- und sicherheitspolitische Integration in den ersten Jahrzehnten von Fehlschlägen geprägt. Zunächst scheiterte 1954 der auf den „Pleven-Plan“ zurückgehende Versuch der Gründung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG). An deren Stelle wurde die Westeuropäische Union (WEU)<sup>5</sup> gegründet, die noch heute rumpfförmig fortbesteht, deren Aufgaben und Institutionen jedoch in den letzten Jahren weitgehend von der EU übernommen wurden.<sup>6</sup> In den 60er Jahren scheiterten die Fouchet-Pläne, die auf die Schaffung einer Europäischen Politischen Union (EPU) abzielten. Dies war zunächst das Ende der größeren Ambitionen; mit dem „Davignon-Bericht“, der 1970 dem Luxemburger Gipfel vorgelegt wurde, wurde eine pragmatischere Lösung über eine informellere Kooperation gesucht: die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ), die für halbwegs verbindliche intergouvernementale Konsultationen zur Außenpolitik sowie zur Abstimmung gegenüber der KSZE<sup>7</sup> (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, heute OSZE) sorgte.

Diese Europäische Zusammenarbeit wurde mit der Europäischen Einheitsakte<sup>8</sup> im Jahr 1987 in die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) überführt. Mit wachsenden außenpolitischen Anforderungen an die EU und ihre Mitgliedsstaaten wurde die EPZ in Folge schrittweise verbindlicher gestaltet und mit funktionaleren Strukturen unterfüttert (z.B. mit der Gruppe der Europäischen Korrespondenten).

Nach dem Ende des Kalten Krieges, erstem Golfkrieg und dem gewaltsamen Zerfall Jugoslawiens, aber auch mit dem wachsenden internationalen Gewicht der (erweiterten) EU, mit zunehmender Globalisierung (von Handel & WTO bis Umwelt & „Rio“-Folgeprozessen) und nicht zuletzt mit wachsenden transatlantischen Divergenzen wuchs der politische Wille in der EU, eine stärkere europäische Integration in der Außen- und Sicherheitspolitik vorzunehmen. Wie bei supranationalen Prozessen verbreitet, wurden und werden die rechtlichen Kompetenzen und politischen Ziele und Maßnahmen schrittweise aufgebaut, wobei beim Aufbau der GASP/ESVP parallele Prozesse im Rahmen von WEU und NATO eine wichtige Rolle spielten.<sup>9</sup> So wurden mit dem Maastrichter Vertrag (Titel V und Art. 2) von 1991 die primärrechtlichen Grundlagen gestärkt, und aus der Europäischen Politischen Zusammenarbeit wurde die GASP (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik); jedoch überwogen weiterhin zwischenstaatliche Strukturen, und die militärische Komponente der Sicherheitspolitik fehlte. Mit dem Amsterdamer Vertrag von 1997 wurden die Rechtsgrundlagen der GASP vor allem um die sicherheitspolitische Dimension (Art.17) erweitert und u.a. die sogenannten „Petersberger Aufgaben“<sup>10</sup> in den Vertrag aufgenommen; außerdem schuf man den Posten des Hohen Repräsentanten, beschrieb fünf grundsätzliche Ziele für die GASP sowie deren Institutionen und Instrumente.

Eine große Rolle spielte die rechtliche Verankerung, Ausweitung und Ausrichtung der Außen- und Sicherheitspolitik im EU-Verfassungskonvent. Im Verfassungsvertrag werden die primärrechtlichen Grundlagen des Maastrichter Vertrages begrüßt, auf dieser Basis zudem einige der bis dahin bestehenden Einschränkungen für sicherheitspolitische Kompetenzen der EU abgeschafft. Neu eingeführt wurde darüber hinaus das Amt eines EU-Außenministers. Eine Stärkung erfuhr auch das Krisenmanagement sowie das Prinzip der kollektiven Verteidigung und des gegenseitigen Beistands. Die Grundlagen für eine verstärkte Zusammenarbeit<sup>11</sup> einer Gruppe von Einzelstaaten wurden für alle Politikbereiche weiterentwickelt und auf die Sicherheitspolitik ausgedehnt.<sup>12</sup> Die Vertragsziele der nachhaltigen Entwicklung, des globalen Umweltschutzes und des Vorsorge- und Umweltintegrationsprinzips wurden in der EU-Verfassung gegenüber vorigen Verträgen beibehalten und betreffen auch die Außen- und Sicherheitspolitik; ebenfalls findet sich das Prinzip der entwicklungspolitischen Kohärenz an vorgehobener Stelle im Vertrag.<sup>13</sup> Das Inkrafttreten des Europäischen Verfassungsvertrages hängt allerdings noch von der Bestätigung und Ratifizierung durch diverse nationale Referenden und Parlamente ab.

Weiterhin bestehen jedoch in der EU-Außen- und Sicherheitspolitik Kompetenzlücken, gibt es institutionelles Stückwerk und grundsätzliche politische Divergenzen. Stärker noch als in anderen Politikbereichen steht zu erwarten, dass diese Integrationsdefizite weiterhin nur schrittweise abgebaut werden können; vor allem zur Frage von Krieg und Frieden wird „eine grundsätzliche und einheitliche EU-Position (...) am Ende und nicht am Anfang dieses Einigungsprozesses stehen“. Bis dahin wird „ein zentraler Erfolgsfaktor einer künftigen europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik (...) die differenzierte Integration“ in konkreten Einzelfragen und -fällen sein.<sup>14</sup>

### *Der Ausbau der militärischen und verteidigungspolitischen Kapazitäten der EU<sup>15</sup> und die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS)*

Im Dezember 1998 konnten Vorbehalte der Briten bezüglich eigener militärischer Kapazitäten der EU auf dem französisch-britischen Gipfel von St. Malo entschärft werden. Nach der politischen Einigung von St. Malo und auf Grundlage des Primärrechts des Amsterdamer Vertrags wurde die Weiterentwicklung des sicherheitspolitischen Profils und der Kapazitäten der EU vor allem durch Beschlüsse des Europäischen Rats (ER) der Regierungschefs vorangetrieben, wie hier nur in Auszügen skizziert werden kann: Im Juni 1999 wurde auf dem Europäischen Rat in Köln der Hohe Repräsentant Javier Solana benannt und Grundzüge der ESVP festgelegt. Im Dezember 1999 beschloss der Europäische Rat von Helsinki das so genannte „headline goal“ (Bereitstellung von 60.000 Soldaten für die Petersberger Aufgaben innerhalb von 60 Tagen für bis zu einem Jahr) und legte Grundlagen für die Verbesserung der Entscheidungsstrukturen in der ESVP. Das „headline goal“ wurde auf dem Europäischen Rat von

Feira im Juni 2000 um Zielbeschlüsse für Polizeitruppen sowie zivile Kräfte (Rechtsexperten, Zivilverwaltung, Katastrophenschutz) für Kriseneinsätze ergänzt. Der Europäische Rat von Nizza (Dezember 2000) erweiterte im Vertrag von Nizza die rechtliche Basis für die ESVP und GASP, u.a. durch die Etablierung des Ausschusses für politische und Sicherheitsfragen (APS bzw. PSC). In Göteborg (Juni 2001) wurde u.a. ein erstes Programm zu Konfliktprävention beschlossen. Im Juni (Thessaloniki) und Dezember 2003 (Brüssel) folgten Entwurf und Beschluss zur Europäischen Sicherheitsstrategie.

Im Februar 2004 schlugen Frankreich, Großbritannien und Deutschland vor, sieben bis neun schnell einsatzfähige *battle groups* (schnelle Eingreiftruppen) aufzubauen; hierfür sollen die nationalen Armeen entsprechende Kapazitäten bereitstellen.<sup>16</sup> Im November 2004 beschlossen die EU-Verteidigungsminister in Noordwijk<sup>17</sup> daraufhin den Aufbau von dreizehn mobilen solcher *battle groups* für Kriseneinsätze, die aus je 1.500 Soldaten unterschiedlicher Nationalität<sup>18</sup> bestehen und ab 2007 voll einsatzfähig sein sollen. Voraussetzung für die Entsendung ist ein robustes UN-Mandat. Außerdem ist der Aufbau der Polizeikräfte für folgende Aufgaben vorgesehen: Konfliktprävention, Unterstützung militärischer Interventionen, Post-Konflikt-Stabilisierung nach militärischen Interventionen.<sup>19</sup>

In den letzten Jahren hat die EU im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)<sup>20</sup> erste Einsätze durchgeführt. Dabei hat sich der geographische Aktionsradius wie auch die Aufgabenbeschreibung der EU zunehmend ausgedehnt. Bezog sich die erste Aufgabenbeschreibung in den „Petersberger Aufgaben“ noch auf die Stabilisierung externer Krisen, wurde dies mit dem Europäischen Rat von Sevilla (2002) auf Terrorismusbekämpfung ausgeweitet. Zu den erfolgten bzw. laufenden Einsätzen der EU gehören u.a.: die Polizeimission in Bosnien und Herzegowina (EUPM; seit Januar 2003); der Polizeieinsatz in der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien/FYROM (EUPOL; „Proxima“) im Anschluss an die ebenfalls von der EU geführten Militäroperation „Concordia“<sup>21</sup> sowie die Operation „Artemis“ in der Demokratischen Republik Kongo (Juni 2003; erste autonome Operation der EU, unter UN-Mandat); seit Januar 2005 außerdem die Eupol-Mission in Kinshasa.

Politisches Kernstück der ESVP ist die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS), „A Secure Europe in a Better World“<sup>22</sup>. Diese wurde vom Hohen Repräsentanten Javier Solana dem Europäischen Rat in Thessaloniki (Juni 2003) als Entwurf vorgelegt und in etwas abgeänderter Fassung auf dem Europäischen Rat in Brüssel im Dezember 2003 angenommen. Im Juni 2005 soll Solana einen Bericht vorlegen, der die Implikationen der ESS für alle Bereiche der EU-Politiken dekliniert. Ergänzend zur ESS wird seit Anfang 2004 ein „Multi-Annual Strategic Program“ verfolgt, welches gewährleisten soll, dass über die wechselnden EU-Präsidentschaften hinweg eine kontinuierliche und kohärente Politik verfolgt wird. In der ESS wird das verstärkte sicherheitspolitische Engagement der EU u.a. mit globalen Verpflichtungen begründet, die laut Strategie der

EU auch sicherheitspolitisch aus ihrer Größe und vor allem wirtschaftlichen Stärke<sup>23</sup> erwachsen.

Die ESS bietet zunächst eine Analyse der neuen Sicherheitslage und nennt als Herausforderungen: vor allem Terrorismus, Proliferation von Massenvernichtungswaffen und *failed states*, aber auch nicht-staatliche Konflikte; Globalisierung und die – zumindest innerhalb Europas – zunehmende Öffnung der Grenzen; weiterhin bestehende regionale Konflikte (vor allem Naher Osten und Kaschmir); Hunger und Unterernährung; Infektionskrankheiten (vor allem Malaria, Tuberkulose, HIV/AIDS); Korruption und schlechte Regierungsführung; Klimawandel; Energieversorgungssicherheit; organisiertes Verbrechen. Leider sind die umwelt- und klimapolitischen Passagen zwischen Entwurf und Endfassung in der Prioritätensetzung zunächst nach hinten gerückt, und auch insgesamt hat sich die ESS zwischen ihrem Entwurf und dem letztlich verabschiedeten Papier einem traditionellen sicherheitspolitischen Verständnis wieder angenähert. Entwicklungspolitisch ist es bedauerlich, dass das Verhältnis von Sicherheit und Entwicklung in der ESS recht einseitig dargestellt sind: Dass Sicherheit „eine Vorbedingung für Entwicklung“ ist, wird erkannt, dass umgekehrt Entwicklung ein Parameter der Sicherheit ist, findet keine Erwähnung; noch viel weniger Verteilungsgerechtigkeit innerhalb und zwischen Staaten. Als strategische Ziele benennt die ESS drei Bereiche:

- „Sich den Bedrohungen stellen“: gemeint sind Terrorismus, Proliferation, *failed states* und organisiertes Verbrechen sowie darauf bezogene militärische und polizeiliche Maßnahmen der EU in den letzten Jahren, zu denen ein positives Fazit gezogen wird. Hierbei wird die Argumentation, dass Sicherheit nicht mehr territorial, sondern auch extra-territorial verteidigt wird, unterstrichen, wie auch das Vorsorgeprinzip<sup>24</sup> gegenüber Bedrohungen mit „dynamischem“ Charakter. Der Text enthält einen – allerdings nicht sehr ausgearbeiteten – Hinweis darauf, dass den neuen Bedrohungen auch durch andere Maßnahmen als lediglich militärischen begegnet werden muss.
- Die Etablierung einer Sicherheitszone um Europa und die Stabilisierung der EU-Nachbarschaft (vor allem Mittelmeerraum, Balkan, Osteuropa, Kaukasus, Naher Osten).
- Die Stärkung der internationalen Ordnung und des Multilateralismus – hierbei werden WTO, internationale Finanzinstitutionen, NATO, OSZE, regionale Organisationen (ASEAN, Mercosur, Afrikanische Union, u.a.), die UN (als beste Adresse für die Bekämpfung von z.B. Terrorismus und Klimawandel) und der Internationale Strafgerichtshof genannt – sowie die Berücksichtigung sicherheitspolitischer Ziele durch die EU-Handels- und Entwicklungspolitik werden angesprochen.

Unter den politischen Schlussfolgerungen drängt die ESS auf eine abgestimmtere Außen- und Sicherheitspolitik in der EU sowie auf einen effektiveren Einsatz der insgesamt 160 Milliarden Euro<sup>25</sup>, die die EU-Mitgliedsstaaten in ihren Verteidigungshaushalten

ausgeben. Dabei fordert die ESS primär eine Modernisierung, aber auch eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben in der EU. Gleichmaßen fordert das Papier den Ausbau und die stärkere Integration von diplomatischen und geheimdienstlichen Fähigkeiten und die weitere Ausweitung der sicherheitspolitischen Aktivitäten der EU. Zentrale Konzepte sind dabei „präventives Engagement“ sowie „effektiver Multilateralismus“. Eine weitere zentrale – und problematische – Anforderung bezieht sich auf eine stärkere Konsistenz der entwicklungspolitischen Aktivitäten der EU-Mitgliedsstaaten mit sicherheitspolitischen Zielen: „Diplomatic efforts, development, trade and environmental policies should follow the same agenda“ (S. 12), ohne dass spezifiziert wird, wie die Zielhierarchie hierbei aussieht, wie mit Zielkonflikten umgegangen werden soll und wie und durch wen eine solche gemeinsame Agenda gesetzt werden sollte.

Zum Schluss unterstreicht die ESS, dass eine sicherheitspolitische Agenda nur durch die Kooperation mit Partnern durchgeführt werden kann; hervorgehoben werden die USA, Russland, Japan, China, Kanada und Indien, auch als Leitnationen in ihren jeweiligen Regionen.

Auch außerhalb der ESS haben Kommission und Rat eine Reihe von Papieren zu Konfliktprävention und Krisenmanagement beschlossen. Als nur ein Beispiel sei hier die Kommissionsmitteilung vom April 2001 zur Konfliktprävention<sup>26</sup> genannt. In dieser verweist die Kommission auf nachbarschaftliche, regionale und Handelskooperation als Mittel der Integration und Stabilisierung und skizziert Maßnahmen zur Konfliktprävention im Rahmen von Programmen der (wirtschaftlichen) Zusammenarbeit. Als Querschnittsthemen behandelt die Mitteilung eine Vielfalt auch „neuer“ sicherheitspolitischer Fragestellungen, wie Drogen, Kleinwaffen, Management und Zugang zu natürlichen Ressourcen, Umweltdegradation (u.a. durch Klimawandel oder Entwaldung), ansteckende Krankheiten, Wanderungsbewegungen und Menschenhandel, die Rolle des Privatsektors in instabilen Regionen sowie auch Armut als destabilisierender Faktor. Zudem werden als Instrument der Konfliktprävention von der EU „Konfliktindikatoren“ (z.B. ethnische Spannungen oder wirtschaftliche Instabilität) routinemäßig als Teil der politischen Analyse von Länderstrategiepapieren oder regionalen Strategien eingesetzt (s. Abschnitt zur EU-Entwicklungspolitik).<sup>27</sup>

*Rüstungsexportkontrollen* sind ein anderes wichtiges Instrument der Sicherheitspolitik. Die EU hat über die letzten Jahre einen (allerdings nicht bindenden) Verhaltenskodex für Waffenausfuhren sowie eine gemeinsame Export-Güterliste für Waffen festgelegt. Über die Einhaltung dieser Regeln wird jährlich im Rat berichtet, wobei das Europäische Parlament eine Veröffentlichung der Berichte erreicht hat.<sup>28</sup> Außerdem hat die EU Gesetzgebung zu *dual use*-Gütern entwickelt, zu der jährliche Berichte vorgelegt werden.<sup>29</sup>

Zu den vielfältigen weiteren relevanten außen- und sicherheitspolitischen Aktivitäten der EU gehören u.a.: Versorgungssicherheit, Europäische Rüstungs- und Forschungspolitik<sup>30</sup>, der Aufbau des gemeinsamen Satelliten-Navigationssystems Galileo<sup>31</sup>, die

gemeinsame Sicherung des Luftraums (Single European Sky), die Europäische Raumfahrtspolitik<sup>32</sup>; der Schutz wichtiger Verkehrsinfrastrukturen inklusive elektronischer Kommunikation, Regelungen zur Restriktion des Imports von „Blutdiamanten“ innerhalb der EU und international<sup>33</sup>.

Einer der sensibelsten Punkte in der Startphase der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) war das Verhältnis zwischen der ESVP und der NATO<sup>34</sup>. Das politische Ringen bezog sich primär auf die Fragen, wie autonom die EU sein soll und wie mit der Vorrangstellung der USA umgegangen werden kann. Vor allem einige der Beitrittsstaaten und Großbritannien, aber auch deutsche Protagonisten setzten sich dafür ein, dass weder NATO noch die transatlantischen Beziehungen angegriffen oder geschwächt werden dürfen. Gleichzeitig muss berücksichtigt werden, dass eine Minderheit der Altmitglieder der EU nicht Mitglieder der NATO sind (z.B. die neutralen Staaten). Die Mehrheit der neuen EU-Mitgliedsstaaten aus dem ehemaligen Ostblock sah den EU- und NATO-Beitritt hingegen politisch als ein Paket.

Nach gegenwärtig mehrheitlicher Auffassung soll die ESVP die NATO nicht ersetzen; vielmehr hat die NATO eine EU-Dimension und die ESVP eine NATO-Dimension. ESVP und NATO sollen ein System aufbauen, welches der EU erlaubt, NATO-Strukturen und -Ressourcen zu nutzen und so zu einem „intelligenten Kunden der NATO“ (J. Solana<sup>35</sup>) zu werden. Hierzu verfassten die EU und die NATO im Dezember 2002 eine vertragsähnliche Vereinbarung zur ESVP („Berlin-plus“), die u.a. auf eine vorherige Einigung in Washington (1999) zurückgeht: Diese sieht die Möglichkeit der Nutzung von NATO-Kapazitäten zum Krisenmanagement durch die EU vor. Gleichzeitig wurde vereinbart, dass auch Nicht-EU-Mitglieder der NATO so weit wie möglich in der ESVP involviert werden. Im Jahr 2003 wurden gegenseitige Verbindungszellen bei NATO (SHAPE) und EU geschaffen. Jedoch gilt, dass mehr als die institutionellen Vereinbarungen die Vertrauensfrage die Kooperation zwischen EU und NATO prägt<sup>36</sup> – und Grundlage von Vertrauen ist das Bestehen oder Erarbeiten politischer Übereinstimmungen zwischen den maßgeblichen NATO-Mitgliedern in Bedrohungsanalyse und Sicherheitsstrategien, in Inhalt und Stil.

### *Zur Außenpolitik der EU und zur Europäischen Nachbarschaftspolitik*

Die externe Dimension der EU umfasst neben der oben skizzierten Sicherheitspolitik die in den folgenden Abschnitten behandelte Außenpolitik sowie die weiter unten dargestellte Entwicklungspolitik und Handels- und Außenwirtschaftspolitik. Rechtlich sind diese Politikfelder in unterschiedlichen Säulen des EU-Vertrages verankert, wobei der Grad der Vergemeinschaftung von der Handels- über die Entwicklungs- und Außenpolitik zur Sicherheitspolitik stufenweise abnimmt.<sup>37</sup> Zur Koordinierung der externen Politiken der EU sowie zur Prüfung der Außenwirkung anderer EU-Politikfelder (inklusive Umwelt) ist eine External Relations Group unter Vorsitz von Kommissionspräsident Barroso eingerichtet worden; daran beteiligt sind die Kommissare

für Außenbeziehungen, Wirtschaft und Finanzen, Erweiterung, Entwicklung, Handel, und Haushalt.

Die Außen- und Sicherheitspolitik hat sich – wie wir eben gesehen haben – in den letzten Jahren vergleichsweise rasant entwickelt. Für einen um Ressourcenschutz und Nord-Süd-Gerechtigkeit erweiterten Sicherheitsbegriff sind vor allem die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP; s. weiter unten) sowie die schon vorgestellte Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) relevant.

Neben der Nachbarschaftspolitik und der Europäischen Sicherheitsstrategie kommt innerhalb der außenpolitischen Aktivitäten der EU aus energiepolitischer Sicht dem Verhältnis zu Russland eine zentrale und strategische Bedeutung zu. Die EU-Russlandstrategie wurde auf dem Europäischen Rat von Köln (Juni 1999) beschlossen; sie soll die *strategische Partnerschaft der EU zu Russland* stärken, mit dem strategischen Ziel, Demokratie und Sicherheit in Europa zu fördern.<sup>38</sup> Mittel und Zwischenziel der Strategie ist dabei die Integration Russlands in eine gemeinsame Wirtschafts- und Sozialzone. Als konkrete Gebiete für verstärkte Kooperation werden vorrangig „Energie und nukleare Sicherheit“ sowie „Umwelt und Gesundheit“ genannt. Speziell die Ausrichtung des Energiedialogs mit Russland gibt dabei aus der Perspektive von Menschenrechten, Umweltschutz, Geo-<sup>39</sup> und Sicherheitspolitik Anlass zur Sorge.

Der Energiedialog zwischen der EU und Russland wurde im Oktober 2000 im Rahmen des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens aufgenommen. Er ist (bislang) weder Teil der EU-Nachbarschaftspolitik (ENP) noch formal Teil der GASP. Themen im Dialog sind eine breite Palette von Fragen zu allen Energieträgern sowie Fragen zur nachhaltigen Entwicklung (inklusive Kyoto-Protokoll). Weiterhin strittig zwischen EU und Russland ist die Energiecharta<sup>40</sup>, der Russland bislang nicht beigetreten ist. Außerdem ist die Verbindung des EU-russischen Energiedialogs mit der Energiecharta unklar bzw. gering ausgeprägt.

Unter niederländischer EU-Ratspräsidentschaft im November 2004 haben der russische Energie- und Industrieminister (Victor Khristenko) sowie der Generaldirektor Energie der Europäischen Kommission (François Lamoureux) einen 5. Fortschrittsbericht zum Energiedialog vorgelegt. Dieser enthält Vorschläge für die Weiterentwicklung des Energiedialogs, u.a. die Förderung der Investitionsförderung, der Energieeffizienz und der Interkonnektivität der Energienetze. Angerissen wird in den Schlussfolgerungen außerdem die Möglichkeit der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Erneuerbaren Energien. Ein Arbeitsprogramm für den Zeitraum 2005-2008 wurde auf dem EU-Russland-Gipfel im November 2004 beschlossen.

Aber einer der für unsere Thematik bedeutendsten strategischen Ansätze und Aktionsfelder der EU-Außenpolitik ist die relativ junge *EU-Nachbarschaftspolitik* (ENP)<sup>41</sup>. Sie dient einer Vielzahl von – teilweise sich widersprechenden – Zielen:

- Sie dient als Antwort auf die herausfordernde Frage, wo die Grenzen der EU liegen und wie mit diesen umgegangen werden soll (geographische Finalität). Sie bietet



- für die EU-Nachbarstaaten<sup>42</sup> Wege der Integration und Annäherung an, die sowohl als Zwischenschritt hin zu einem fernen Beitritt oder auch als Alternative zu einer Vollmitgliedschaft angesehen werden können.<sup>43</sup>
- Sie soll, zweitens, der Stabilisierung und dem Frieden in der Region dienen und eine neue Spaltung in und um Europa vermeiden helfen. Sie ist in dieser Hinsicht Bestandteil<sup>44</sup> der Europäischen Sicherheitsstrategie, die sich geographisch weitgehend auf die gleiche Region bezieht.
  - Drittens widmet sich die ENP ökonomischen Interessen, von der Erstellung einer Freihandelszone für die EU über die Disseminierung der eigenen Rechtsstandards bei benachbarten Handelspartnern bzw. Wettbewerbern bis zur Sicherung z.B. der Energieversorgung.
  - Letzteres – Zugang zu Ressourcen – ist auch verbunden mit einer vierten Triebfeder hinter der EU-Nachbarschaftspolitik, nämlich geopolitischen Interessen vor allem auch gegenüber Großmächten wie Russland und den USA in der Region.
  - Fünftens gibt die ENP als weiteres Ziel auch die Förderung z.B. der nachhaltigen Entwicklung und des Umweltschutzes an.

Nachbarschaftspolitiken hatte die EU schon vor der Etablierung einer explizit so genannten Politik in die Wege geleitet. Hierzu gehörten sowohl Prozesse, die inzwischen in die EU-Nachbarschaftspolitik integriert sind (z.B. der Barcelona-Prozess zum Mittelmeerraum<sup>45</sup>) als auch Prozesse, die nicht Bestandteil der EU-Nachbarschaftspolitik wurden (z.B. die Russland-Partnerschaft, s.o., oder die Neue Transatlantische Agenda bzw. Transatlantische Wirtschaftspartnerschaft EU-USA).

Ausgangspunkt der EU-Nachbarschaftspolitik ist die Kommissionsmitteilung „Größeres Europa – Nachbarschaft“ vom März 2003<sup>46</sup>. Gleichzeitig legte die Kommission eine Mitteilung zu EU-Erweiterung und Nachbarschaftsstrategie vor<sup>47</sup>. Daraufhin beauftragte der Europäische Rat von Thessaloniki<sup>48</sup> im Juni 2003 die Kommission mit der Weiterarbeit an der ENP, woraufhin diese schon im Juli 2003 die Mitteilung „Schaffung der Voraussetzungen für ein neues Nachbarschaftsinstrument“<sup>49</sup> (s. unten) vorlegte, woraufhin sie den Auftrag zur Vorbereitung von Aktionsplänen mit den Partnerländern der ENP sowie der Erarbeitung eines angemessenen Finanzdokumentes erhielt (s.u.)<sup>50</sup>.

Im Mai 2004 veröffentlichte die Europäische Kommission ein Strategiepapier zur ENP.<sup>51</sup> Darin werden Hintergrund, Prinzipien und geographischer Anwendungsbereich weiter verdeutlicht und das Verhältnis zu existierenden Politiken und Instrumenten geklärt. Als Politikfelder genannt werden Wirtschaftliche und Soziale Entwicklung, Handel und Binnenmarkt, Justiz und Inneres. Unter dem Titel „Connecting the Neighbourhood“ werden außerdem Energie, Verkehr und Umwelt genannt; außerdem Informationsnetze und Forschung.

Von besonderem Interesse ist das Thema „Energie“ in der ENP. Dieses durchzieht mehrere Papiere und Aktionspläne der ENP; außerdem ist ihr eine eigene Kommissions-

mitteilung<sup>52</sup> gewidmet. Die Kommissionsmitteilung zur Energiepolitik in der ENP<sup>53</sup> ist vor allem länderbezogen strukturiert und stellt Binnenmarktüberlegungen und traditionell verstandene Versorgungssicherheit auf der Grundlage von Importen und Energienetzverbindungen in den Mittelpunkt.<sup>54</sup> Obwohl sich aus Sicht eines neu definierten Sicherheitsbegriffs beim Thema „Energie“ theoretisch viele Anknüpfungspunkte bieten würden, vernachlässigt es die Energiedimension der ENP derzeit, moderne Ansätze wie den der nachhaltigen Entwicklung oder des erweiterten Sicherheitsbegriffs angemessen zu berücksichtigen und dementsprechende politische Strategien zu entwickeln. Die Formulierungen sowohl zu sozialer als auch ökologischer Nachhaltigkeit und speziell zu Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien<sup>55</sup> sind inhaltlich und politisch schwach. In den politischen Zielen der Mitteilung wie auch als Querschnittsthema werden umwelt- und entwicklungspolitische Überlegungen vernachlässigt; Energieeffizienz und Erneuerbare Energien werden nur am Rande abgehandelt. Dafür wird das Hohelied der Atomenergie gesungen.<sup>56</sup>

Die verkehrspolitischen Aussagen diverser ENP-Papiere zielen primär auf Ausbau und Effizienz von Infrastrukturen „für Handel und Tourismus“ ab<sup>57</sup>. Hierbei wird der Sicherheit der Verkehrssysteme (z.B. gegen terroristische Angriffe) mehr Aufmerksamkeit gewidmet als Problemen der ökologischen Nachhaltigkeit.

Zu den Umweltaktivitäten im Rahmen der ENP gehören die Unterstützung der Partnerländer bei nationalen Umweltaktionsplänen und dem Aufbau effektiver Umweltbehörden sowie die Beratung bei der Schaffung von Umweltgesetzen (unter Achtung der Kompatibilität mit entsprechendem EU-Recht), aber auch konkrete Maßnahmen vor allem in den Bereichen Wasser, Abfall, Luft. Anders als im Bereich der Energie- und Verkehrspolitik liegt bislang kein eigenes Papier zur Umweltdimension der ENP vor.

Eine weitere Kommissionsmitteilung im Rahmen der ENP betrifft die Menschenrechte<sup>58</sup>. Sie enthält u.a. konkrete Empfehlungen für Aktivitäten der EU, u.a. auf Grundlage der Menschenrechtspassage der Erklärung von Barcelona (1995).

Im Dezember 2004 wurden von der Europäischen Kommission die ersten *Aktionspläne* zu zunächst sieben Ländern<sup>59</sup> zusammen mit einer zusammenfassenden Kommissionsmitteilung<sup>60</sup> veröffentlicht; die diesbezüglichen vorbereitenden Länderberichte sind im Mai 2004 erschienen. Neben der Annäherung der Gesetzgebung sowie Handel gehören zu den Bereichen der Zusammenarbeit u.a. Terrorismusbekämpfung und Proliferation sowie Umwelt, Energie und Verkehr. Generell sollen die Aktionspläne zwar auf gemeinsamen Prinzipien und Ansätzen beruhen, jedoch im Detail individuell ausgestaltet werden.

Zur zukünftigen *Finanzarchitektur* der ENP hat die Europäische Kommission ihre Vorstellungen in einer Mitteilung vom Juli 2003<sup>61</sup> und dann, verbindlicher, im September 2004<sup>62</sup> dargelegt. Dabei werden existierende Finanzprogramme sowie der European Regional Development Fund einbezogen.

## Die EU-Entwicklungspolitik<sup>63</sup>

Schon mit Gründung der EWG wurde der Europäische Entwicklungsfonds eingerichtet; die *Entwicklungspolitik* war die erste externe Aktivität im europäischen Einigungsprozess. Kernbestandteil der Entwicklungspolitik in der EU ist die Zusammenarbeit mit ehemaligen Kolonialstaaten, vor allem im Rahmen des Cotonou-Abkommens. Dieses Abkommen hat die EU mit 71 Ländern aus Afrika, Karibik und Pazifik geschlossen. Es ist Nachfolger des 1975 zum ersten Mal geschlossenen Lomé-Abkommens. Gegenüber den Lomé-Abkommen wurde die Entwicklungskooperation im Rahmen von Cotonou u.a. um Friedensschaffung, Konfliktprävention und Konfliktlösung erweitert. Schwerpunkt seit 2001 ist außerdem der verstärkte Dialog mit der neu gegründeten Afrikanischen Union. Weitere Instrumente der EU-Entwicklungspolitik sind die Länderstrategien (Country Strategy Papers) sowie Regionalstrategien (Regional Strategy Papers).

Zur EU-Entwicklungspolitik gehört eine breite Palette von Aktivitäten, von Zollfragen und der WTO-Palette zu Handels- und Entwicklungszusammenhängen bis zu Gesundheit, Bildung, nachhaltiger Entwicklung und Umweltschutz, Wasser, Wälder, Geschlechterfragen und Tourismus. Zu den derzeit aktuellen politikfeldübergreifenden Themen gehören die Integration klimapolitischer Belange in die Entwicklungspolitik<sup>64</sup> und die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern im Energiebereich<sup>65</sup>. Gleichzeitig ist die EU-Entwicklungspolitik in einer Reihe internationaler Prozesse aktiv.<sup>66</sup>

Die entwicklungspolitische Diskussion der EU dreht sich derzeit u.a. um die Frage, wie die Komplementarität der EU-Entwicklungszusammenarbeit zu der der Mitgliedsstaaten ist und wie die Rolle nichtstaatlicher Akteure in der EU-Entwicklungspolitik ausgestaltet werden soll.

Zentral ist derzeit für die EU-Entwicklungspolitik außerdem die „strategische Herausforderung, ihre Position gegenüber der Außen- und Sicherheitspolitik<sup>67</sup> neu zu bestimmen; denn auch entwicklungspolitisches Handeln wird zunehmend daran gemessen, ob es den Außen-, Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen der EU dient.“<sup>68</sup> Institutionell ist die Entwicklungspolitik geschwächt, seit die Ratsformation der Entwicklungsminister abgeschafft und unter den Rat für Allgemeine und Auswärtige Angelegenheiten subsumiert wurde. Auch wie sich die geplante Zusammenführung der Aufgaben und Beamten aus dem entwicklungs- und dem außenpolitischen Bereich in jeweils ein Regional- bzw. Länderreferat auswirkt, ist noch nicht abzusehen.

Über die letzten Jahre gehört zu dieser Herausforderung u.a. die Debatte, wie das Prinzip der „entwicklungspolitischen Kohärenz“ (alle Politiken der EU dürfen laut Vertrag von Amsterdam bzw. Verfassungsvertrag entwicklungspolitischen Zielen nicht widersprechen) und das politische Prinzip der „außenpolitischen Konsistenz“ (bei allen Politiken müssen außenpolitische Beziehungen berücksichtigt werden) vor allem im Konfliktfall gegeneinander abgewogen werden sollen.

Eine gerade im Themenzusammenhang Entwicklungs- und Sicherheitspolitik derzeit aufflammende Debatte betrifft die „Konditionalität“ der Entwicklungszusammenarbeit: Hier vertreten Sicherheitspolitiker eine Integration sicherheitspolitischer Überlegungen bei der Mittelvergabe der Europäischen Entwicklungszusammenarbeit (z.B. Einstellung von Zahlungen an Entwicklungsländer als Instrument der Krisenprävention oder Integration von Konfliktpräventions-Indikatoren in die entwicklungspolitischen Länderstrategiepapiere), was dem in der Entwicklungszusammenarbeit herrschenden Paradigma des Partnerschaftsansatzes widerspricht. Vor allem einer Unterordnung der Humanitären Hilfe unter sicherheitspolitische Ziele und Strukturen wird von Entwicklungspolitikern widersprochen.

### *Die EU-Handels- und Außenwirtschaftspolitik*<sup>69</sup>

Ein weiterer Bestandteil der externen Dimension der EU ist die *Handels- und Außenwirtschaftspolitik*. Gerade in der Handelspolitik sind die EU-Kompetenzen mit den letzten Vertragsreformen erheblich ausgebaut worden; so wird die EU und ihre Mitgliedsstaaten in der WTO wie auch in bilateralen und regionalen Prozessen vom EU-Handelskommissar vertreten. International spielt die EU sowohl im Rahmen der WTO als auch in bilateralen Handelsbeziehungen eine zentrale Rolle<sup>70</sup>. Derzeit reflektiert die handelspolitische Debatte in der EU die in diesem Buch vorgestellten Überlegungen weniger als andere Politikbereiche. Wenn eine Verbindung gezogen wird, so läuft es zumeist auf eine recht einseitige Argumentation hinaus: Handel schafft Frieden – eine unzulässig verkürzte Interpretation des Monnetschen Ansatzes, die negative Wechselwirkungen (z.B. Zielkonflikte zwischen – asymmetrischem – Freihandel, Armutsbekämpfung und Umweltschutz, von Demokratiedefiziten ganz zu schweigen) außer Acht lässt. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass die Außenhandels- und Außenwirtschaftspolitik (Außenwirtschaftsförderung) in der EU sich zunehmend außen- und teilweise sicherheitspolitische Kapazitäten zunutze macht.<sup>71</sup>

### *„Interne“ EU-Politiken von globaler Bedeutung*

Neben den externen Politiken der EU haben praktisch alle internen Politikbereiche der EU externe Effekte oder außenpolitische Implikationen, wobei sich das Profil der EU am besten als janusköpfig beschreiben lässt – in manchen Politikfeldern fortschrittlich und umwelt-<sup>72</sup> und entwicklungspolitisch verantwortlich, in anderen Politikfeldern destruktiv. Besondere Kritik ziehen die EU-Agrarpolitik<sup>73</sup> mit ihren destruktiven Effekten auf die Landbevölkerung in Entwicklungsländern sowie die EU-Fischereipolitik<sup>74</sup> mit ihren bilateralen Abkommen zur Nutzung externer Fischgründe (zum Nachteil der dort ansässigen Bevölkerung) auf sich.

Auch die interne und externe Energiepolitik der EU (s.u.a. Grünbuch Versorgungssicherheit<sup>75</sup>, Energiedimension der ENP oder die Atompolitik<sup>76</sup> einerseits und Politi-

ken und Ziele zu Erneuerbaren Energien andererseits) ist durch ein Janus-Profil gekennzeichnet, wobei unter der vormaligen Energiekommissarin Loyola de Palacio die Negativentwicklungen überwogen.

Vom Anspruch her auf der positiven Seite, von der politischen Effektivität her allerdings noch schwach sind die Bemühungen der EU um eine Nachhaltigkeitsstrategie sowie die Integration des Umweltschutzes in alle Politikbereiche.<sup>77</sup> Diese Bemühungen werden im derzeitigen politischen Klima im konkreten Einzelfall (z.B. Chemikalien- und Klimapolitik) durch „reverse Integration“, nämlich die Unterwerfung von Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitiken unter fehlgeleitete „Kosten-Nutzen“-Anforderungen sowie Wettbewerbsargumente, konterkariert. Grundsätzlich sind territorial-externe Umweltauswirkungen (inklusive sicherheits- und außenpolitische relevante Effekte) sowie globale Nachhaltigkeit in den betreffenden EU-Politiken zu wenig berücksichtigt.

Entwicklungspolitisch noch wenig reflektiert ist die Auswirkung der zunehmend „wettbewerbspolitischen“ Ausrichtung der EU (Stichwort u.a.: Lissabon-Prozess<sup>78</sup>) auf Entwicklungsländer und die entwicklungspolitischen Ziele der EU, wogegen dieser Politikbereich vielfach von Umweltakteuren<sup>79</sup> kommentiert wurde. Grundsätzlich stellt sich die Frage, inwieweit sich eine inzwischen gerade auch gegen Schwellenländer gerichtete Wettbewerbsphilosophie mit einer um entwicklungspolitische Aspekte erweiterten Sicherheits- bzw. Friedensphilosophie verträgt.

Auf der positiven Seite ist in den letzten Jahren eine zunehmende außenpolitische Wirkung der EU-Umweltpolitik zu verzeichnen. So gelangten einige international umstrittene umweltpolitische Themen auf die außenpolitische Agenda (z.B. Kyoto-Protokoll in den Beziehungen zu den USA und zu Russland) und in sicherheitspolitische Strategien (z.B. Klimawandel in der ESS oder auch in der US-„Pentagon-Studie“). Gleichzeitig ist eine der Hauptsäulen des Multilateralismus und der Ausweitung der UN-Aktivitäten die internationale Umweltpolitik und deren (Völker-)Rechtssetzung, vor allem im Rahmen des Rio-Folgeprozesses. In der Praxis ist damit die Umweltaußenpolitik der EU eines der Hauptfelder für die praktische Umsetzung eines der vornehmsten Ziele der EU-Außen- und Sicherheitspolitik: der Stärkung des Multilateralismus.

Direkten Bezug auf die Außen- und Sicherheitspolitik haben zudem die zunehmenden Aktivitäten der EU im Bereich der Innenpolitik. Vor dem Hintergrund des 11. Septembers wie auch der Verlagerung der EU-Außengrenzen mit der EU-Erweiterung und auf Grundlage neuer Kompetenzen im Bereich der Inneren Sicherheit hat die EU in den letzten Jahren eine Harmonisierung und Intensivierung der Gesetzgebung im Bereich der Inneren Sicherheit (u.a. Immigration, Asylrecht und Polizeifragen) durchgeführt. Der dabei zu Bürger- und Menschenrechten eingeschlagene Weg wie auch die defizitäre demokratische Kontrolle dieser EU-Politik haben zu Kritik („Festung Europa“) und Reformforderungen von zivilgesellschaftlichen Organisationen wie auch einigen nationalen und europäischen Parlamentariern geführt.<sup>80</sup> Dabei hat die

EU außen- wie innenpolitisch zwar hohe Ansprüche an sich selbst hinsichtlich der Wahrung der Menschenrechte, diese werden in konkreten Entscheidungen zur inneren Sicherheit – so z.B. in der Diskussion zu Asylslagern in Afrika – jedoch nicht konsequent umgesetzt. Auch die Unterfütterung der EU-Menschenrechtspolitik (finanzielle Ressourcen oder Institutionen wie die Einsetzung eines Menschenrechtsbeauftragten) ist inadäquat.<sup>81</sup>

### *Deutsche Beiträge zur EU-Außen- und Sicherheitspolitik*

Für die deutsche Außenpolitik ist Europa einer der Hauptbezugspunkte; umgekehrt ist Deutschland einer der Hauptakteure der EU-Außenpolitik. Sicherheitspolitisch hat Deutschland – aufgrund der Geschichte und zunehmend auch vom Selbstverständnis her – bis in die jüngste Vergangenheit vorwiegend eine zurückhaltende, an den Bündnispartnern ausgerichtete Außenpolitik betrieben. Dies hat sich jedoch in den letzten Jahren und gerade unter der derzeitigen rot-grünen Regierung merklich geändert, wobei als Hauptparameter eines stärkeren sicherheitspolitischen Engagements und Profils die „Übernahme von Verantwortung“ angesichts neuer globaler Probleme vorangestellt wird. In dem Zusammenhang entstanden politische und gesellschaftliche Auseinandersetzungen zum Verhältnis ziviler und militärischer Sicherheitspolitik sowie der Chancen und Risiken von Interventionspolitiken. Zu den prioritären Zielen der Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands gehören daher u.a. die Stärkung der Außen- und Sicherheitspolitik der EU, eine Stärkung des Multilateralismus und der UN (sowie eine stärkere Rolle Deutschlands in der UN) und die Umstrukturierung und Neuausrichtung der Bundeswehr, aber – wenn auch weniger deutlich ausgeprägt – auch globale und ökologische Nachhaltigkeit.

Eine der wichtigsten außen- und sicherheitspolitischen Stellungnahmen der Bundesregierung in den letzten Jahren war der Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ vom Mai 2004. Neben Aussagen u.a. zu den Zusammenhängen Krisenprävention, Umwelt und Entwicklung enthält der Aktionsplan auch ein Kapitel zum „Ausbau der regionalen Ebene – Europäische Union“. Darin wird vorgeschlagen, die „Chancen bei der Fortentwicklung der GASP und ESVP zu nutzen, um innovative nationale Ansätze der Krisenprävention auf europäischer Ebene anzuwenden und weiterzuentwickeln“. Zu den Forderungen der Bundesregierung gehören diverse institutionelle Vorschläge zur Verbesserung der Operationalität der EU im zivilen Krisenmanagement, die Überprüfung aller relevanten Arbeitsbereiche der Kommission (Handel, Entwicklung, externe Beziehungen, Humanitäre Hilfe etc.) auf die kohärente Anwendung krisenpräventiver Grundsätze sowie die Umsetzung der Initiative „European Diplomacy on Environment and Sustainable Development (Green Diplomacy)“<sup>82</sup>, in deren Rahmen insbesondere krisenpräventiv wirkende Umweltschutzaktivitäten durchgeführt werden sollen.

## 2 Forderungen an die Außen- und Sicherheitspolitik der EU

Die EU-Außen- und Sicherheitspolitik ist – bei allen Fortschritten – weiterhin von offenen Fragen, politischen Divergenzen und mangelnder Effektivität gekennzeichnet. Dabei bestehen die größten Konfliktpunkte in sehr unterschiedlichen Haltungen zur Frage von „Krieg und Frieden“, zur Integration eigener außenpolitischer und militärischer Kapazitäten in ein europäisches System sowie zur transatlantischen Politik. Größere politische Gemeinsamkeiten bestehen bezüglich der „weichen Fragen“ der Außen- und Sicherheitspolitik, inklusive der Problemfelder, die in diesem Buch beschrieben werden. Dabei birgt aus unserer Sicht die Diversität der außenpolitischen Profile der EU-Mitgliedsstaaten nicht nur Nachteile (u.a. Spaltungs- und Lähmungstendenzen), sondern mittelfristig auch große Chancen für die EU-Außenpolitik wie auch für die Entwicklung eines erweiterten Sicherheitsbegriffs. Gleichzeitig stellt der erweiterte Sicherheitsbegriff in seiner Akzeptanz unter den EU-Mitgliedsstaaten eine Chance auch für den Integrationsprozess der EU-Außen- und Sicherheitspolitik dar. Nicht zuletzt kann die EU über einen umfassend erweiterten Sicherheitsbegriff international ein deutliches und eigenständiges Profil als globaler Akteur entwickeln.

Hierfür müssen jedoch die bestehenden Ansätze für eine menschliche und globale Sicherheit „in der einen Welt“<sup>83</sup> in der deutschen und europäischen Außen- und Sicherheitspolitik konsequent ausgebaut und umgesetzt werden. Um diese Herausforderungen zu bewältigen, ist es sinnvoll, Frieden und damit auch Sicherheitspolitik als einen kontinuierlichen Prozess<sup>84</sup> zu verstehen. Ein solches Friedens- und Sicherheitsverständnis ist auch kompatibel mit unserem Verständnis von ökologischer Nachhaltigkeit, welche ebenfalls als ständiger Prozess und nicht als beschreibbarer Zustand oder feste Planungsgröße behandelt werden darf. Außerdem trifft sich ein solches prozessuales Friedens- und Nachhaltigkeitsverständnis mit der (derzeitigen) Natur der Europäischen Union als sich weiterhin ständig änderndes Gebilde. Leider sind die gewachsenen politischen Strukturen der EU und ihrer Mitgliedsstaaten weder regierungsseitig noch in der Zivilgesellschaft angemessen auf die Erkenntnis dieser Prozesshaftigkeit eingestellt (u.a. Mängel an Wissen und Netzwerken zwischen den Sektoren und Ebenen<sup>85</sup>).

Auch nimmt die Außen- und Sicherheitspolitik bislang das Potential, welches die Umwelt- und Entwicklungspolitik für den Multilateralismus darstellt, nur ansatzweise wahr. Schon heute sind die multilateralen Umweltabkommen – die im sicherheitspolitischen Zusammenhang auch als weltweites Ressourcenmanagement und Ressourcenverteilungsmanagement betrachtet werden können – neben sicherheits- und handelspolitischen Strukturen zunehmend mit die wichtigsten Stränge der Global Governance und des Völkerrechts. Man könnte überspitzt formuliert fragen: Vielleicht wird das Kyoto-Protokoll für die Welt, was die Montanunion für Europa war?

Bei der *Governance*<sup>86</sup> der EU-Außen- und Sicherheitspolitik ist die Balance zwischen Effizienz und Transparenz bzw. Partizipation noch nicht gefunden worden.

Es mangelt an parlamentarischen Kontrollen, aber auch an Zielvorgaben und Verfahren hinsichtlich der Einbeziehung der Zivilgesellschaft aus dem In- und Ausland. Notwendig ist außerdem eine verbesserte Zusammenarbeit der relevanten Ministerien bzw. EU-Institutionen (speziell: Umwelt-, Entwicklungs-, Außen- und Sicherheitspolitik) inklusive der politischen Spitzen (z.B. Kanzleramt, Kommissionspräsident). Dabei ist zu überprüfen, inwieweit Aufbau und Arbeit der External Relations Group (ERG) der Kommission entwicklungs- und umweltpolitischen Belangen dient. Es wäre sinnvoll, Akteuren der Zivilgesellschaft für die Anfangsjahre Ressourcen zum Capacity Building und zum Aufbau von europäischen Netzwerken zur Außen- und Sicherheitspolitik bereitzustellen<sup>87</sup>. Dabei könnte man sich am Vorgehen in anderen Politikbereichen (z.B. EU-Umwelt- und Entwicklungspolitik) orientieren. Hierbei ist sicherzustellen, dass diese Mittel nicht einseitig an industrielle und militärische bzw. traditionell sicherheitspolitische Lobbygruppen ausgeschüttet werden.

Die *Finanzierung der EU-Außen- und Sicherheitspolitik* muss klarer gefasst werden. Generell gilt es, die Finanzierung von Katastrophenhilfe, humanitären und militärischen Interventionen und Entwicklungshilfe jeweils klar abzugrenzen<sup>88</sup>; dabei dürfen militärische Aufgaben nicht in die Berechnung der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit eingerechnet werden (s. OECD-Richtlinien). Das Ziel muss beibehalten werden, die Entwicklungszusammenarbeit der EU und ihrer Mitgliedsstaaten entsprechend der Millenniumsziele auszubauen. Insgesamt sollte das Verhältnis der Ausgaben für militärische gegenüber nicht-militärischen und für Verteidigung gegenüber den Ausgaben z.B. für die Entwicklungszusammenarbeit kritisch überdacht werden; eine Erhöhung der militärischen Verteidigungsbudgets ist abzulehnen.

In der Diskussion um die Ausweitung der *Verteidigungsausgaben* in der EU und die transatlantische „Lastenteilung“ wäre es sinnvoll, Ausgaben wie die staatliche Entwicklungszusammenarbeit, den Stabilitätspakt für den Balkan, die Beitrittsfonds, Kohäsions- und Strukturfonds gedanklich unter „sicherheitspolitische Ausgaben“ mit einzubeziehen – auch um der Versuchung leichter zu widerstehen, die EU als (im Vergleich zu den USA) sicherheitspolitisch geizig einzuschätzen. Auch präventive Klimaschutzmaßnahmen inklusive Investitionen in Energieeffizienz und Erneuerbare Energien sind nach diesem Sicherheitsverständnis sicherheitsrelevante Ausgaben: „Was stellt eine sinnvollere sicherheitspolitische Investition dar? Milliardeninvestitionen in die auch militärische Fähigkeit, die Sicherheit der Energieversorgung mit den fossilen Brennstoffen Öl und Gas besser zu gewährleisten oder Milliardeninvestitionen in neue und erneuerbare Energieträger und in neue (...) Energiespartechnologien?“<sup>89</sup>

Aus der Bedrohungsanalyse der *Europäischen Sicherheitsstrategie* (ESS) ergeben sich durchaus Anknüpfungspunkte mit den in diesem Buch vorliegenden Thesen. Allerdings müssen die Elemente des Ressourcenschutzes und der Nord-Süd-Gerechtigkeit sehr viel stärker ausgebaut werden; hier ist bedauerlich, dass die umweltpolitischen Elemente der ESS (vor allem Klimaschutz) zwischen Entwurf und Verabschiedung heruntergestuft wurden. Die ESS übersieht grundsätzlich die Mitverantwortung wich-



tiger EU-Politiken für einige der Probleme, die in der ESS als Bedrohungselemente benannt werden (z.B. die Auswirkungen der EU-Agrarpolitik auf Armut, ländliche Entwicklung sowie Urbanisierung in den Entwicklungsländern).

Im Einzelnen muss das Verhältnis von einem militärischen, wirtschaftlichen, entwicklungspolitischen und humanitären Engagement sowohl besser abgegrenzt als auch besser in Bezug gesetzt werden. Es wäre kontraproduktiv, wenn die Entwicklungspolitik als Handlanger eines in erster Linie militärischen Sicherheitsverständnisses interpretiert würde. So weist die ESS auf „Sicherheit als Voraussetzung für Entwicklung“ hin, der umgekehrte Zusammenhang jedoch wird nicht erwähnt. Grundsätzlich ist einer „Sicherheitspolitisierung“ z.B. der Entwicklungspolitik zu widersprechen: Der Aussage „Security is the first condition for development“<sup>90</sup> liegt ein zu einseitiges Verständnis zugrunde (sozio-ökonomische Entwicklung und Umweltschutz als Grundlage menschlichen Lebens gehören umgekehrt zu den wesentlichen Bedingungen für Sicherheit), und auch die Überlegungen zu „Frieden und Stabilität durch Handel“ in der ESS sind eher eindimensional, vor allem solange international asymmetrische Handelsbeziehungen sowie nationale Wohlstandsgefälle breite Teile der Bevölkerung in Armut belassen. Auch bei den strategischen Zielen sind umwelt- und entwicklungspolitische Überlegungen – mit Ausnahme vielleicht des Klimaschutzes – unterbelichtet. Die Tatsache, dass die EU beim 0,7-Prozent-Ziel wie auch bei der Einhaltung der Millenniumsziele zu kurz tritt<sup>91</sup>, bleibt unerwähnt. Die Diskussion zur Konditionalität in der Entwicklungshilfe sollte vorsichtig und genau geführt werden.<sup>92</sup> Eine Zusammenführung der Politikbereiche sollte nur soweit sinnvoll erfolgen; dabei gilt es, die Eigenständigkeit umwelt- und entwicklungspolitischer Ziele im Sinne der Nachhaltigen Entwicklung (Chancengleichheit innerhalb und zwischen den Generationen und global) zu erhalten. Der Themenkomplex „Umwelt und Sicherheit“<sup>93</sup> (vor allem die klima- und energiepolitische Dimension, aber auch z.B. gefährliche Chemikalien und gentechnisch veränderte Organismen) im Rahmen der ESS sollte ausgebaut werden.

In Zukunft wird aus der Perspektive eines um die umwelt- und entwicklungspolitische Vorsorge erweiterten Sicherheitsbegriffs die Herausforderung darin bestehen, die in der *Europäischen Nachbarschaftspolitik* zumindest an einigen Stellen angelegten Ansätze zur Nachhaltigen Entwicklung weiter zu entwickeln und wirklich umzusetzen. Dabei würde z.B. eine Verbesserung der Partizipationsmöglichkeiten u.a. für Umwelt- und Entwicklungsakteure helfen. Auch die derzeit schwache Rolle des Europäischen Parlaments und die Einbeziehung der nationalen Parlamente sollte ausgebaut werden. Neben den grundlegenden Strategiepapieren bedürfen dabei die bilateralen Aktionspläne wie auch die regionalen Prozesse (vor allem die Mittelmeerpolitik – Euromed) sowie die Finanzinstrumente und die daraus umgesetzten Projekte verstärkter Aufmerksamkeit. Es sollte geprüft werden, ob eigenständige umwelt- und entwicklungspolitische Strategiepapiere zur ENP sinnvoll erscheinen; in jedem Fall muss den vertraglich verankerten Prinzipien der Nachhaltigkeit, der entwicklungspolitischen Kohärenz und der Umweltintegration durch geeignete Maßnahmen Rech-

nung getragen werden. Von besonderer Wichtigkeit ist die Korrektur der Ausrichtung der energiepolitischen Dimensionen der ENP am Ziel der Nachhaltigen Entwicklung und des Klimaschutzes; die derzeitigen energiepolitischen Ansätze der ENP sind entsprechend zu korrigieren.

Aus Perspektive eines erweiterten Sicherheitsbegriffs sollte auch die *EU-Entwicklungspolitik* die Probleme der Ressourcenverteilungsgerechtigkeit und des präventiven Umweltschutzes (inkl. der Anpassung an Umweltbedrohungen, vor allem durch den Klimawandel<sup>94</sup>) besser berücksichtigen. Gleichzeitig darf die derzeitige starke Beschäftigung der EU mit außen- und sicherheitspolitischen Fragen weder zu einer Vernachlässigung noch zu einer Unterordnung der Entwicklungspolitik führen.<sup>95</sup> Generell muss die EU ihre Anstrengung zur Erreichung der Millenniumsziele verstärken.

Erheblicher Nachholbedarf besteht dabei, die Kohärenz der *Handels- und Außenwirtschaftspolitik* der EU und ihrer Mitgliedsstaaten mit entwicklungspolitischen Zielen der EU herzustellen; auch das Prinzip der Umweltintegration und der ökologischen Nachhaltigkeit wird in der Handels- und Außenwirtschaftspolitik bislang vernachlässigt. Dies gilt u.a. für die – oft zudem intransparente – Nutzung außen- und sicherheitspolitischer Strukturen durch die Außenwirtschafts- und Handelspolitik, inklusive der einseitig bevorzugten Behandlung vor allem großer Wirtschaftsakteure durch Teile der diplomatischen Dienste.

Die gegenwärtigen energiepolitischen Strategien der EU sind vor allem im Bereich der Versorgungssicherheit sowie der Außen- und Sicherheitspolitik (u.a. im Rahmen der ENP) unzureichend, fehlorientiert und unmodern. Sie sind nicht kompatibel mit einem präventiven Sicherheitsverständnis und umfassend erweiterten Sicherheitsbegriff. Die interne *Energiepolitik* der EU und ihre Instrumente (inklusive der Forschungspolitik) müssen weiter in Richtung Erneuerbare Energien und Energieeffizienz ausgebaut werden – hierzu gehört auch eine entsprechende Umstellung der Verkehrssysteme auf Vermeidung von Verkehr, auf öffentliche Verkehrsträger und auf effiziente und erneuerbare Antriebe. Im Energieversorgungssektor sollten dezentrale Strukturen den Vorzug erhalten, u.a. da diese weniger anfällig gegenüber Unfällen, Katastrophen und Angriffen sind. Dies betrifft nicht „nur“ Versorgungsausfälle, sondern gerade im Fall von Atomkraftwerken auch umfangreiche direkte Sicherheitsrisiken. Atomkraft<sup>96</sup> ist nicht „nur“ unwirtschaftlich (und wird weder den globalen Energiehunger befriedigen noch das Klimaproblem lösen können) und in sich selbst ein Sicherheitsrisiko (Unfälle, ungeklärte Entsorgung), sondern auch ein anthropogenes Sicherheitsrisiko (Proliferation<sup>97</sup>, Terrorismus). Eine kohärente EU-Sicherheitspolitik ist daher inkompatibel mit der „friedlichen Nutzung“ der Atomkraft und der derzeitigen Ausrichtung des Euratom-Vertrages. Dieser wurde zudem im Rahmen des Verfassungsprozesses weder angepasst noch angemessen integriert; die Abschaffung und Umwandlung des Euratom-Vertrages gehört daher zügig auf die Tagesordnung.

Wenn die EU einen im Sinn der entwicklungs- und umweltpolitischen Vorsorge erweiterten Sicherheitsbegriff sinnvoll umsetzen will, muss sie dies beim im Aufbau

befindlichen *diplomatischen Dienst der EU*<sup>98</sup> berücksichtigen. Ziele der Umwelt- und Entwicklungspolitik sind dann gleichberechtigt neben denen der Geopolitik, der Außenwirtschaft, des Handels und Wettbewerbs zu verfolgen. Dabei sollte die Diplomatie nach innen und außen so wirken, dass nationale Eigeninteressen zunehmend an globalen Interessen ausgerichtet werden.<sup>99</sup> Das derzeit informelle Green Diplomacy Network<sup>100</sup> ist ein wichtiger Schritt, der weiter ausgebaut und aktiver genutzt werden sollte. Anlässlich der Erstellung des Fortschrittsberichts 2005 zum Green Diplomacy Network wäre es auch zur besseren Wahrnehmung des Netzwerks sinnvoll, in allen EU-Mitgliedsstaaten Anhörungen der Zivilgesellschaft durch die Außenministerien durchzuführen. Grundsätzlich sollte der diplomatische Dienst – auch unter der Berücksichtigung diplomatischer Gepflogenheiten – moderne Transparenz- und Partizipationsverfahren einführen<sup>101</sup>. In den anstehenden Diskussionen um die Zukunft des internationalen Klimaregimes (Kyoto-Protokoll) „nach 2012“ und zur Erreichung des EU-Ziels, die Klimaerwärmung auf weniger als 2°C zu begrenzen, ist die Klimapolitik auf die kontinuierliche, effektive und proaktive Unterstützung der Außenpolitik und Diplomatie auf allen Ebenen angewiesen.

Eine der wichtigsten erforderlichen Änderungen betrifft das *Engagement außen- und sicherheitspolitischer Akteure in sicherheitspolitisch relevanten Innenpolitiken* der EU und ihrer Mitgliedsstaaten. Vorrangig zu nennen sind hierbei Umwelt- und Klimaschutz, Energie- und Agrarpolitik. Eine Verwässerung der EU-Chemikalienpolitik REACH oder ein Aufweichen des dem Vorsorgeprinzip entsprechenden vergleichsweise restriktiven Kurses in der Gentechnikpolitik sind nicht kompatibel mit einem ernst gemeinten erweiterten sicherheitspolitischen Ansatz; dies gilt auch für die Beibehaltung der derzeitigen EU-Fischereipolitik oder der Zuckermarktverordnung. Energieeffizienz und Erneuerbare Energien dienen – neben anderen Politikzielen – auch einer präventiven Sicherheitspolitik; bei den anstehenden EU-Entscheidungen zu Zielsetzungen, Förderpolitiken und Ordnungsrecht in diesem Bereich sollten sich die Außen- und Sicherheitspolitiker entsprechend einbringen. Außen- und Sicherheitspolitiker sind aufgerufen, sich in Verantwortung ihres Schutzguts „Sicherheit“ zu solchen politischen Fragen stärker und konsequenter innenpolitisch zu positionieren – im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung und im Sinne des in diesem Buch vorgestellten erweiterten Sicherheitsbegriffs: „Konvergente Diplomatie fängt zuhause an. Viele der schwierigsten Probleme des derzeitigen internationalen Systems wurzeln in nationalen Prozessen.“<sup>102</sup>

*Eine pdf-Fassung dieses Textes, die um eine Übersicht über Funktionsweise und Governance der GASP/ESVP sowie um Literatur- und Internet-Hinweise ergänzt ist, findet man unter: [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org) (auch auf Englisch).*

## Anmerkungen

- 1 Dieser Beitrag dient dazu, eine der vielleicht erfolversprechendsten politischen und institutionellen Arenen für die Weiterentwicklung und Umsetzung eines im Sinne dieses Buches erweiterten Sicherheitsbegriffs (siehe zur Einführung Kapitel 1) zu umreißen: Die Europäische (und die deutsche) Außen- und Sicherheitspolitik. Dabei werden u.a. die schon vorhandenen Ansätze in der Außen- und Sicherheitspolitik der EU skizziert. Entsprechend der Hauptanliegen von Germanwatch konzentriert sich diese Skizze vor allem auf einen Teil der „umfassendsten Sicht“ des erweiterten Sicherheitsbegriffs – und zwar auf unsere Kernthemen Ökologie, Ressourcenschutz und Nord-Süd-Gerechtigkeit. Unser Verständnis eines erweiterten Sicherheitsbegriffs kann dekliniert werden anhand der Fragestellungen: 1) Sicherheit für wen? – Hier setzen wir bei einem Sicherheitsbegriff an, der Menschen (und nicht Staaten) gleichwertig und ungeteilt zu schützen sucht. 2) Sicherheit vor was? – Als Nord-Süd- und Umwelt-Organisation legen wir dabei den Schwerpunkt vor allem auf Sicherheit vor Hunger, existentieller Armut, anthropogen verursachte oder verstärkte Umweltbedrohungen (vor allem Klimawandel) und weisen darauf hin, dass der Terrorismus und der „Krieg“ gegen den Terrorismus (trotz der gegenwärtigen Eliten- und Medienfokussierung) für die Sicherheitsbedürfnisse der Mehrzahl der Menschen irrelevant ist. Den inzwischen weit entwickelten Debattenstand zu Gender, Frauen und Sicherheit (siehe z.B. [www.glow-boell.de](http://www.glow-boell.de)) können wir in diesem Kapitel leider nicht abdecken.  
Für umfangreiche Hinweise, Anregungen und Unterstützung gilt es vor allem folgenden Personen zu danken: Otfried Nassauer (BITS); dem Arbeitsstab Umweltfragen des Auswärtigen Amtes (AA), insbesondere Peter Fischer; Barbara Wolf (Energierferat des AA); Nicole Wilke und Harald Neitzel (BMU); Klaus Schilder (WEED); Uwe Fritsche (Öko Institut); Alexander Carius und Dennis Tänzler (adelpi); und nicht zuletzt den Kolleginnen und Kollegen von Heinrich-Böll-Stiftung, Worldwatch Institute und von Germanwatch, insbesondere Michael Renner, Chris Flavin, Jörg Haas, Bernd Rheinberg, Christoph Bals und Klaus Milke.
- 2 Auf der Veranstaltung „Zivile Perspektive oder sicherheitspolitisches Kalkül? – Die EU-Entwicklungspolitik im Spannungsfeld außen- und sicherheitspolitischer Anforderungen“, Terre des Hommes, WEED und Friedrich-Ebert-Stiftung (23.11.2004; Berlin).
- 3 Für die Debatte in der UN, s.: UN-Bericht *A more secure world: Our shared responsibility* (2004), der „a new vision of collective security“ (<http://www.un.org/secureworld>) vorbringen will. Weitere Hinweise zur Diskussion des Zusammenhangs Umwelt & Sicherheit: siehe Fußnote 102
- 4 Supranationalität und „Methode Monnet“ als friedensschaffende Maßnahme: Kurz nach dem zweiten Weltkrieg entwarf eine Generation von Politikern (zu nennen sind hier vor allem Monnet, Schuman, Adenauer und de Gasperi), die von den kriegerischen Ergebnissen der gewachsenen Feindschaft vor allem zwischen Deutschland und Frankreich geprägt waren, ein Konzept zur Friedenssicherung in Europa: Durch enge wirtschaftliche Kooperation und Verflechtung (in dem Fall vor allem auch die Vergemeinschaftung kriegswichtiger Wirtschaftssektoren), täglichen Austausch und gemeinsame Institutionen sollte Krieg zwischen den Staaten (Deutschland, Frankreich, Belgien, Niederlande, Luxemburg und Italien) in Zukunft weder denkbar noch möglich sein. Vor allem aus diesem Antrieb heraus wurde 1951 die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS oder „Montanunion“) mit ersten supranationalen Elementen gegründet. Dies war der Anfang eines Prozesses, aus dem

- über viele weitere Stufen bis heute eine Europäische Union mit 25 Mitgliedern, einem umfangreichen Gesetzeskörper, dem Binnenmarkt sowie in vielen Politikfeldern supranational organisierten Entscheidungsprozessen geworden ist, deren Erfolg zumindest hinsichtlich der einigenden und stabilisierenden Wirkung in Europa wohl kaum zu bestreiten ist.
- 5 Die zwischenzeitlich wichtige Funktion der WEU bei der Entwicklung der sicherheitspolitischen Kompetenzen der EU kann in diesem Kapitel nicht im Einzelnen dargestellt werden; einige Hinweise enthält die Langfassung dieses Kapitels (Broschüre / pdf-Datei auf [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org)). S. auch: [www.weu.int](http://www.weu.int) und [www.assembly-weu.org](http://www.assembly-weu.org); außerdem <http://europa.eu.int/eur-lex/en/treaties/selected/livre465.html>, [livre463.html](http://europa.eu.int/eur-lex/en/treaties/selected/livre463.html) & [livre464.html](http://europa.eu.int/eur-lex/en/treaties/selected/livre464.html).
  - 6 So ist der derzeitige Generalsekretär der WEU der derzeitige Hohe Repräsentant der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana, und das Institute for Security Studies (ISS) der WEU ging in das EUISS (s. Text unten) über.
  - 7 Die OSZE wird oft als ziviler Partner der EU in einem ähnlichen Sinne beschrieben, wie die NATO der militärische Partner der EU ist.
  - 8 Die Europäische Einheitsakte legte die Grundlage für die Schaffung des Europäischen Binnenmarktes und war damit ein wichtiger An Schub für die weitere politische und rechtliche Integration in der EG.
  - 9 Eine gute Chronologie zur Entwicklung der Außen- und Sicherheitspolitik findet sich in Nicole Gnesotto, EU-Security and Defence Policy (1999-2004), Paris 2004 ([www.iss-eu.org](http://www.iss-eu.org)).
  - 10 Beschlüsse des WEU-Ministerrat 1992 auf dem Petersberg bei Bonn. Die „Petersberger Aufgaben“ beschreiben humanitäre und friedenserhaltende Aufgaben inklusive militärisches Krisenmanagement und Friedensschaffung. Die Petersberger Aufgaben waren für alle EU-Mitgliedsstaaten durch ihre „konstruktive Mehrdeutigkeit“ akzeptabel. (Martin Ortega in Nicole Gnesotto 2005, [www.eu-iss.org](http://www.eu-iss.org)).
  - 11 Die verstärkte Zusammenarbeit innerhalb der EU wurde eingeführt mit dem Amsterdamer Vertrag (Titel VII) und weiterentwickelt im Vertrag von Nizza (Art. 27 a-e).
  - 12 [www.iss-eu.org/new/analysis/analy097.html](http://www.iss-eu.org/new/analysis/analy097.html)
  - 13 Umwelt- und entwicklungspolitische Kommentare zum Verfassungsvertrag finden sich u.a. auf [www.eurostep.org](http://www.eurostep.org), [www.eeb.org](http://www.eeb.org), [www.foeeurope.org](http://www.foeeurope.org), [www.panda.org/epo](http://www.panda.org/epo)
  - 14 Zitate aus: Franco Algieri, Janis Emmanoulidis, Claus Giering, Flexibility in EU Foreign and Security Policy, in: [www.eu-reform.de](http://www.eu-reform.de) by Bertelsmann Foundation and Centre for Applied Policy Research (Munich). Einen guten Aus- und Überblick bietet außerdem: Antonio Missiroli, Mind the steps: the Constitutional Treaty and Beyond, in: Nicole Gnesotto, EU-Security and Defence Policy (1999-2004), Paris 2004 ([www.iss-eu.org](http://www.iss-eu.org)).
  - 15 Gute Einführungen und Analysen bieten: 1) Burkard Schmitt, European capabilities: How many divisions? sowie Martin Ortega, Beyond Petersberg: Missions for the EU military forces, in: Nicole Gnesotto, EU-Security and Defence Policy (1999-2004), Paris 2004 ([www.iss-eu.org](http://www.iss-eu.org)). 2) Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.), Projektleitung Thomas Roithner: *Die Wiedergeburt Europas - Von den Geburtswehen eines emanzipierten Europas und seinen Beziehungen zur einsamen Supermacht* (Agenda Verlag, 2005), <http://www.aspr.ac.at>. 3) Hans Arnold, Raimund Krämer (Hrsg.), *Sicherheit für das größere Europa - Politische Optionen im globalen Spannungsfeld*, (EINE Welt-Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden, Dietz-Verlag, 2002). 4) Hauswedell/Wulf: Die EU als Friedensmacht? Neue Sicherheitsstrategie und Rüstungskontrolle, in: Christoph Weller et al, *Friedensgutachten 2004*,

- Münster/LIT Verlag, 5) Otfried Nassauer, „Für eine Sicherheitspolitik aus einem Guß“, [www.bits.de](http://www.bits.de). Siehe außerdem Internetseite des Stockholm International Peace Research Institute: [www.sipri.org](http://www.sipri.org)
- 16 Otfried Nassauer (BITS Stichwort November 2004), Stichwort: Europas schnelle Eingreifverbände – Das Battlegroup-Konzept, [www.bits.de/public/stichwort/eingreiftruppe.htm](http://www.bits.de/public/stichwort/eingreiftruppe.htm).
- 17 Siehe auch: Military Capability Commitment Conference (Brüssel, 22.11.2004), Declaration on European Military Capabilities, sowie Informationen zum informellen Noordwijk-Treffen der EU-Verteidigungsminister auf [www.eu2004.nl](http://www.eu2004.nl).
- 18 Hierbei ist die Teilnahme von Truppenteilen aus NATO-Staaten, die nicht der EU angehören, grundsätzlich nicht ausgeschlossen. Nicht alle EU-Mitgliedsstaaten sind, aus unterschiedlichen Gründen, von Anfang an mit eigenen Truppenkontingenten involviert (z.B. Österreich, Irland, Tschechische Republik). Deutschland ist an vier Gruppen beteiligt. Zur Zusammensetzung im Einzelnen, s. [www.eu2004.nl/20041122-175643-M](http://www.eu2004.nl/20041122-175643-M)
- 19 [www.eu2004.nl/20041122-195431-B](http://www.eu2004.nl/20041122-195431-B). Zahl der beschlossenen Polizeikräfte: 5 761 für Polizeiaufgaben, 631 für Rechtsdurchsetzung, 562 für administrative Aufgaben und 4 988 für Zivilschutz.
- 20 Eine detaillierte Übersicht bietet Gustav Lindstrom, On the Ground: ESDP operations, in: Nicole Gnesotto, EU-Security and Defence Policy (1999-2004). Paris 2004 ([www.iss-eu.org](http://www.iss-eu.org)).
- 21 Darstellungen zu diesen Einsätzen finden sich u.a. bei Reinhardt Rummel (SWP), „Soft Power EU – Interventionspolitik mit zivilen Mitteln“, in: Hans-Georg Ehrhart/Burhardt Schmitt, *Security Policy of the European Union*, Paris 2004.
- 22 <http://register.consilium.eu.int/pdf/en/03/st10/st10881en03.pdf>. Die Strategie wurde maßgeblich von Christoph Heusgen, Mitglied der Strategieplanungs- und Frühwarninheit des Rates der EU, mitverfasst.
- 23 „As a union of 25 states with over 450 million people producing a quarter of the world’s GNP, the EU is a global actor; it should be ready to share in the responsibility for global security.“
- 24 „Conflict prevention and threat prevention can not start too early.“ (Seite 10 der ESS). Nota bene: „prevention“ ist nicht zu verwechseln mit dem US-Konzept der „preemption“.
- 25 Zum Vergleich: Die offizielle Entwicklungshilfe (ODA) der EU-Mitgliedsstaaten beträgt etwa 70 Milliarden Euro, die der EU weitere 7 Milliarden.
- 26 Kom(2001)211endg
- 27 Eine Einführung in das „mainstreaming“ von Konfliktprävention in EU-Politiken bietet: International Crisis Group (Hrsg), *EU Crisis Reponse Capabilities Revisited (Europe Report Nr 160, Januar 2005)*, [www.crisisgroup.org](http://www.crisisgroup.org); S. 38. Siehe außerdem: Reinhardt Rummel (SWP), *Konfliktprävention: Etikett oder Markenzeichen europäischer Interventionspolitik* (Berlin 2003; [www.swp.org](http://www.swp.org)).
- 28 [www.elisabeth-schroedter.de](http://www.elisabeth-schroedter.de) sowie [www.angelika-beer.de](http://www.angelika-beer.de)
- 29 KOM(2001)557endg
- 30 S. Kommissionsmitteilung Kom(2004)72endg, „On the implementation of the Preparatory Action on the enhancement of the European industrial potential in the field of Security research, Towards a programme to advance European security through Research and Technology“. Und: Otfried Nassauer (BITS Stichwort September 2004), „Stichwort: Die neue europäische Waffenforschung“, [www.bits.de/public/articles/taz/taz280904.htm](http://www.bits.de/public/articles/taz/taz280904.htm)

- 31 Hierzu gab es mehrjährige transatlantische Spannungen und Verhandlungen. S. u.a.: Susanne Härpfer, Der Kompromiß in Sachen Galileo: Compromise heißt sich einigen, aber auch kompromittieren und auf' s Spiel setzen (Juli 2004), [www.bits.de/public/articles/flugleiter.htm](http://www.bits.de/public/articles/flugleiter.htm)
- 32 Weißbuch der Kommission, *Space: A new European frontier for an expanding Union - an action plan for implementing the European Space policy*, sowie Susanne Härpfer (BITS Stichwort November 2004), Weltraum-Programme der EU - Schon bald auch militärisch nutzbar?, [www.bits.de/public/ndrinfo/sunds180904.htm](http://www.bits.de/public/ndrinfo/sunds180904.htm)
- 33 KOM(2000)474
- 34 <http://europa.eu.int/eur-lex/en/treaties/selected/livre464.html> zu EU, WEU und NATO. Eine analytische Übersicht gibt Jean-Yves Haine, „ESDP and NATO“, in: Nicole Gnesotto, *EU-Security and Defence Policy (1999-2004)* (Paris 2004; [www.iss-eu.org](http://www.iss-eu.org)).
- 35 [www.globalsecurity.org/wmd/library/news/europe/991217-eu-fp.htm](http://www.globalsecurity.org/wmd/library/news/europe/991217-eu-fp.htm)
- 36 „Behind institutional agreements, the real basis of cooperation between NATO and the Union will remain a question of trust“. Jean-Yves Haine, „ESDP and NATO“, in: Nicole Gnesotto, *EU-Security and Defence Policy (1999-2004)*, Paris 2004 ([www.iss-eu.org](http://www.iss-eu.org)).
- 37 Eine Graphik zur Verdeutlichung der Säulenstruktur der Außendimension der EU enthält: Antonio Missiroli, „ESDP - How it works“, in: Nicole Gnesotto, *EU-Security and Defence Policy (1999-2004)* (Paris 2004; [www.iss-eu.org](http://www.iss-eu.org)).
- 38 [http://ue.eu.int/uedocs/cms\\_data/docs/pressData/en/ec/57886.pdf](http://ue.eu.int/uedocs/cms_data/docs/pressData/en/ec/57886.pdf)
- 39 Zu nennen ist hier vor allem die Abhängigkeit von russischen Importen im Gassektor.
- 40 Ziel der Europäischen Energiecharta aus dem Jahr 1991 ist die Öffnung der Energiemärkte sowie die Schaffung von „konstruktiver Atmosphäre“ und „Vertrauen“ zwischen den Staaten, primär zwischen dem ehemaligen Osten und Westen. 1994 wurde der Charta ein Protokoll zu Energieeffizienz und Umweltaspekten zugefügt. Weitere Informationen: [www.encharter.org](http://www.encharter.org)
- 41 [http://europa.eu.int/comm/world/enp/index\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/world/enp/index_en.htm). Eine deskriptive Übersicht über die EU-Nachbarschaftsstrategie bietet ein Papier von Sascha Müller-Kraenner, Die Europäische Nachbarschaftsstrategie (Heinrich-Böll-Stiftung; 27.10.2005); [http://www.boell.de/downloads/aussen/aupojata2005\\_europaeische\\_nachbarschaft\\_smk.pdf](http://www.boell.de/downloads/aussen/aupojata2005_europaeische_nachbarschaft_smk.pdf)
- 42 Ausgenommen sind die Staaten mit potentielltem Beitrittsstatus, vor allem Türkei und die Balkan-Staaten.
- 43 In den Worten des ehemaligen Außenkommissars Chris Patten: „Over the past decade, the Union's most successful foreign policy instrument had undeniably been the promise of EU membership.“ (Ratsschlussfolgerungen vom Dezember 2004).
- 44 S. u.a. KOM(2004)795endg, Communication on the Commission Proposals for Action Plans under the European Neighbourhood Policy (ENP), S. 2
- 45 Zu umweltpolitischen Aktivitäten zu Euromed, s. u.a.: [www.eeb.org](http://www.eeb.org), [www.foeeurope.org](http://www.foeeurope.org), [www.panda.org/epo](http://www.panda.org/epo).
- 46 [http://europa.eu.int/comm/trade/issues/bilateral/regions/euromed/index\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/trade/issues/bilateral/regions/euromed/index_en.htm)
- 47 Kom(2003)104endg, Communication *Wider Europe - Neighbourhood: A New Framework for Relations with our Eastern and Southern Neighbours* [LoadDocument.asp?directory=en/&filename=76279.pdf](http://europa.eu.int/comm/external_relations/enp/LoadDocument.asp?directory=en/&filename=76279.pdf)
- 48 Ratsschlussfolgerungen der griechischen Präsidentschaft (11638/03); [http://ue.eu.int/cms3\\_applications/Applications/newsRoom/](http://ue.eu.int/cms3_applications/Applications/newsRoom/)

- 49 KOM(2003)393endg; [http://europa.eu.int/comm/world/enp/pdf/com03\\_393\\_en.pdf](http://europa.eu.int/comm/world/enp/pdf/com03_393_en.pdf)
- 50 [http://ue.eu.int/cms3\\_applications/Applications/newsRoom/LoadDocument.asp?directory=en/ec/&filename=77679.pdf](http://ue.eu.int/cms3_applications/Applications/newsRoom/LoadDocument.asp?directory=en/ec/&filename=77679.pdf)
- 51 KOM(2004)373endg; [http://europa.eu.int/comm/world/enp/pdf/strategy/Strategy\\_Paper\\_EN.pdf](http://europa.eu.int/comm/world/enp/pdf/strategy/Strategy_Paper_EN.pdf)
- 52 KOM(2003)262endg, Communication on the Development of Energy Policy for the Enlarged EU, its Neighbours and Partner Countries
- 53 KOM(2003)262, Communication on the Development of Energy Policy for the Enlarged EU, its Neighbours and Partner Countries
- 54 Sie enthält u.a. umfangreiches Kartenmaterial zu Energie-Infrastrukturen in und um die Region.
- 55 Als einzige konkrete Maßnahme wird hier eine mögliche Teilnahme am EU-Förderprogramm „Intelligente Energie – Europa (2003-2006)“ – Amtsblatt L 176/29 vom 15.7.2003 – in Aussicht gestellt.
- 56 „Nuclear electricity inevitably forms a major part of any energy policy of the EU...“ (S. 6).
- 57 z.B.: KOM(2003)376endg, Communication on the development of a Euro-Mediterranean Transport Network
- 58 KOM(2003)294endg, Communication reinvigorating EU actions on Human Rights and democratisation with Mediterranean Partners – Strategic Guidelines
- 59 Israel, Jordanien, Marokko, Moldawien, Palästina, Tunesien, Ukraine; alle Papiere auf <http://europa.eu.int/comm/world/enp>
- 60 KOM(2004)795endg, Communication on the Commission Proposals for Action Plans under the European Neighbourhood Policy (ENP)
- 61 KOM(2003)393endg, Paving the Way for a New Neighbourhood Instrument
- 62 KOM(2004)628endg, Regulation laying down general provisions establishing a European Neighbourhood and Partnership Instrument („ENPI“) Weitere wichtige Internet-Links zur EU-Entwicklungspolitik sowie zum Zusammenhang Entwicklung und Sicherheit: – InWEnt (Internationale Weiterbildungs- und Entwicklungs-GmbH / Capacity Building International Germany) hat eine Reihe von Veranstaltungen und Veröffentlichungen zum Themenkomplex Entwicklung und Sicherheit durchgeführt; download unter [www.inwent.org](http://www.inwent.org). Einige Beispiele: 1) Public Bads – Economic Dimension of Conflict (2002); Post-Conflict Assistance (2002); Development Cooperation as Preventive Peace Policy (1996). – Social Watch Deutschland, (Report 2004/Nr. 4) In Angst und Not: Bedrohungen Menschlicher Sicherheit – Ein Internationaler Bericht zivilgesellschaftlicher Organisationen über den Fortschritt bei Armutsbekämpfung und Gleichstellung der Geschlechter. Der Bericht kann von den Websites der Trägerorganisationen herunter geladen werden: u.a. <http://www.eed.org> – „Memorandumgruppe 2002“, Entwicklungspolitik als Teil einer neuen Weltfriedenspolitik, [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org) und [www.eed.de](http://www.eed.de). eed (Ev. Entwicklungsdienst), Exchanging Experiences – Opening New Horizons: Partner Meeting on the Churches’ Commitment in Civil Peace Service“, [www.eed.de](http://www.eed.de).

Einige der wichtigsten NGO-Internetseiten zur EU-Entwicklungspolitik: European NGO Confederation for Relief and Development (CONCORD): [www.concordeurope.org](http://www.concordeurope.org); European network of humanitarian NGOs (VOICE): <http://www.ngovoice.org>; Eurostep (European Solidarity Towards Equal Participation of People): [www.eurostep.org](http://www.eurostep.org); Verband Entwicklungspolitik deutscher NGO (VENRO): [www.venro.org](http://www.venro.org); WEED:



- [online.org](http://www.weed-online.org/eu/index.htm) (vor allem: Kooperationsprojekt von WEED und Terre des Hommes zur EU Nord-Süd-Politik: <http://www2.weed-online.org/eu/index.htm>); Terre des Hommes: <http://www.tdh.de>; Evangelischer Entwicklungsdienst: [www.eed.de](http://www.eed.de); <http://www.brot-fuer-die-welt.de>.
- Zu EU-Entwicklungs- und Umweltpolitik: [www.panda.org/epo](http://www.panda.org/epo).
- 63 EU-Website: [http://www.europa.eu.int/comm/development/index\\_en.htm](http://www.europa.eu.int/comm/development/index_en.htm) und [http://europa.eu.int/pol/dev/index\\_de.htm](http://europa.eu.int/pol/dev/index_de.htm).
- 64 S. u.a. Kom(2003)85endg sowie den 2004 verabschiedeten Aktionsplan (Ratsdokument 15164/04)
- 65 <http://europa.eu.int/scadplus/leg/de/lvb/r12008.htm>
- 66 <http://europa.eu.int/scadplus/leg/de/s05037.htm>
- 67 [http://europa.eu.int/comm/external\\_relations/news/patten/sp07\\_11\\_03.htm](http://europa.eu.int/comm/external_relations/news/patten/sp07_11_03.htm): Rede des Außenkommissars Chris Patten zum Verhältnis von EU-Außen- und Entwicklungspolitik: „Europe in the World: CFSP / its relation to development“.
- 68 <http://www2.weed-online.org/eu/index.htm>; Einladung zur Veranstaltung „Zivile Perspektive oder sicherheitspolitisches Kalkül? – Die EU-Entwicklungspolitik im Spannungsfeld außen- und sicherheitspolitischer Anforderungen“, Terre des Hommes, WEED und Friedrich-Ebert-Stiftung (23.11.2004; Berlin).
- 69 <http://www.europa.eu.int/comm/trade>
- 70 S. Informationen der Tradewatch-Kampagne unter [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org) sowie die Informationen der AG Handel des Forum Umwelt & Entwicklung, [www.forumue.de](http://www.forumue.de); außerdem [www.foeeurope.org](http://www.foeeurope.org)
- 71 Zur deutschen Außenwirtschaftspolitik: Eckart Lohse, „Ein Türöffner namens Schröder – Wie Außenpolitik der Wirtschaft hilft“, FAZ vom 16.5.2004
- 72 Zu den wichtigsten umweltpolitischen Internetseiten gehören: Europäisches Umweltbüro (EEB; Dachverband Europäischer Umweltverbände): [www.eeb.org](http://www.eeb.org); European Policy Office des WWF: [www.panda.org/epo](http://www.panda.org/epo) (enthält auch Informationen zur EU-Entwicklungspolitik); Friends of the Earth Europe: [www.foeeurope.org](http://www.foeeurope.org); Climate Action Network Europe (CAN): [www.climnet.org](http://www.climnet.org); Netzwerk zur Atompolitik in Europa: <http://www.no-nukes.org>; EU-Koordination des Deutschen Naturschutzbündnisses (DNR): [www.dnr.de](http://www.dnr.de)
- 73 S. u.a. [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org), <http://www.euronatur.de>, [www.bund.net](http://www.bund.net), [www.fian.de](http://www.fian.de)
- 74 S. u.a.: <http://www.wwf.de/naturschutz/lebensraeume/meere-kuesten/fischerei>
- 75 Das Grünbuch Versorgungssicherheit und die Dokumentation des diesbezüglichen Konsultationsprozesses findet sich auf: [http://europa.eu.int/comm/energy\\_transport/lpi\\_lv\\_en1.html](http://europa.eu.int/comm/energy_transport/lpi_lv_en1.html). Eine Zusammenfassung der Konsultation sowie ein Ausblick auf das weitere Vorgehen enthält ein Bericht der Kommission vom Juni 2002 (KOM(2002)321endg). Stellungnahmen der Umweltverbände u.a. auf [www.panda.org/epo](http://www.panda.org/epo) und [www.climnet.org](http://www.climnet.org). S. außerdem: Clingendael International Energy Programme (CIEP), *Study on Energy Supply Security and Geopolitics*, Den Haag 2004.
- 76 <http://www.no-nukes.org>
- 77 S. u.a. [www.eeb.org](http://www.eeb.org), [www.panda.org/epo](http://www.panda.org/epo), [www.foeeurope.org](http://www.foeeurope.org)
- 78 [http://europa.eu.int/comm/lisbon\\_strategy/key/development\\_de.html](http://europa.eu.int/comm/lisbon_strategy/key/development_de.html)
- 79 S. u.a. [www.eeb.org](http://www.eeb.org), [www.panda.org/epo](http://www.panda.org/epo), [www.foeeurope.org](http://www.foeeurope.org)

- 80 <http://www.bundesregierung.de/Politikthemen/Europaeische-Union-,11532/Innere-Sicherheit.htm>; Human Rights Watch ([http://www.hrw.org/doc?t=eu\\_states](http://www.hrw.org/doc?t=eu_states)); [www.amnesty-eu.org](http://www.amnesty-eu.org).
- 81 [www.amnesty-eu.org](http://www.amnesty-eu.org), Hier finden sich u.a. konkrete Forderungen an die jeweiligen EU-Ratspräsidentenschaften.
- 82 Das „Green Diplomacy Network“ wurde auf dem Europäischen Rat von Thessaloniki (2002) – maßgeblich durch deutsche, britische und griechische Aktivitäten – als informelle Einrichtung ins Leben gerufen. Es handelt sich dabei um ein Expertennetz der Außenministerien und Botschaften, welches der Umweltdiplomatie und der Integration von Umweltbelangen in die Außenpolitik dienen soll; Schwerpunkt ist bislang vor allem die Klimapolitik und Erneuerbare Energien. S. auch „2 Forderungen an die Außen- und Sicherheitspolitik der EU“ und: [http://europa.eu.int/comm/environment/international\\_issues/green\\_diplomacy\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/environment/international_issues/green_diplomacy_en.htm) und Seite 22 der Schlussfolgerungen des ER von Thessaloniki.
- 83 Bundeskanzler Gerhard Schröder in seiner Neujahrsansprache 2004/2005.
- 84 Frieden als Prozess: im Sinne von Georg Picht; s. Otfried Nassauer, *Der Westbalkan 2005 – Erste konzeptionelle Überlegungen* (Manuskript).
- 85 S. Fußnote 102
- 86 Die Governance und Funktionsweisen der GASP und ESVP sind in einer Broschüre auf Grundlage dieses Kapitels dargestellt, die über [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org) als pdf-Datei zu beziehen ist (Deutsch und Englisch). Strukturen und Institutionen der GASP/ESVP sind auch auf den EU-Internetseiten dargestellt: <http://europa.eu.int/scadplus/leg/en/lvb/r00001.htm> und [http://europa.eu.int/comm/external\\_relations/cfsp/intro/index.htm](http://europa.eu.int/comm/external_relations/cfsp/intro/index.htm). Gute Übersichten über die Governance-Strukturen der GASP und ESVP bieten u.a. folgende Papiere: a) International Crisis Group (Hrsg), *EU Crisis Reponse Capabilities Revisited* (Europe Report Nr 160, Januar 2005), [www.crisisgroup.org](http://www.crisisgroup.org); b) EU-Institute for Security Studies, *EU Security and Defence Policy – The first five years (1999-2004)*, (Paris 2004), [www.iss-eu.org](http://www.iss-eu.org); c) Reinhardt Rummel (SWP), „Soft Power EU – Interventionspolitik mit zivilen Mitteln“, in: Hans-Georg Ehrhart/Burhardt Schmitt, *Security Policy of the European Union* (Paris 2004; auf Deutsch bei Nomos erhältlich).
- 87 Zu institutionellen Defiziten, s. u.a.: UNEP, *Understanding Environment, Conflict, and Cooperation* (2004)
- 88 Die Finanzierungsform der EU-Aktivitäten in der Darfur-Krise (Rückgriff auf Budgetlinien der Entwicklungszusammenarbeit) z.B. darf nicht zum Präzedenzfall werden.
- 89 Otfried Nassauer, „Auf dem Weg zu einer neuen Weltordnung? Europäische Versuche und amerikanische Antworten“, Vortrag auf der 21. Sommerakademie des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktforschung (*Die Wiedergeburt Europas*, Juli 2004), [www.bits.de/public/reden/osfk.htm](http://www.bits.de/public/reden/osfk.htm)
- 90 Seite 12 der ESS.
- 91 Hervorgehoben wird vielmehr: „As the world’s largest provider of official assistance,...“ (Seite 8)
- 92 „Contributing to better governance through ... conditionality ... should be an important element in a EU security strategy.“ (Seite 8)
- 93 Zur Diskussion zu Umwelt & Sicherheit, siehe u.a.: 1) Alexander Carius, Kurt M. Lietzmann (Hrsg), *Environmental Change and Security – A European Perspective* (Springer Verlag,

- 1999); 2) Informationsplattform und Newsletter „Zivile Krisenprävention – Umwelt und Ressourcen“: [www.krium.de](http://www.krium.de) (s. auch: [www.adelphi-research.de](http://www.adelphi-research.de)), 3) UNEP, *Understanding Environment, Conflict, and Cooperation* (2004) 4) Diverse Materialien: Wissenschaftlicher Beirat für Globale Umweltfragen (WBGU), [www.wbgu.de](http://www.wbgu.de); 5) Europäische Union, GD Außenbeziehungen, zusammen mit der Stiftung für Wissenschaft und Politik (SWP), *Environmental Security – Just another Green Fashion?*, Dokumentation einer Seminarreihe zu „European Security and the EU’s External Economic Policies“ (Luxemburg, 1999), 6) Martin Rocholl, „The impact of industrialised countries on world environment and security“, Rede auf der Den Haager Konferenz *Environment, security and sustainable development* (9.-12.5.2004), [www.foeeurope.org](http://www.foeeurope.org). 7) John Ashton, „Europe’s Mars Mission – Get used to it: Europeans and Americans are both from Earth“, in: *Inside Track – Green Alliance Issue 7/04* ([www.green-alliance.org.uk](http://www.green-alliance.org.uk) und [www.e3g.org](http://www.e3g.org)).
- 94 new economics foundation (nef) and International Institute for Environment and Development (IIED) et al, „Up in smoke? – Threats from, and responses to, the impact of global warming on human development“, mit einem Vorwort von R.K. Pachauri (Chairman des IPCC), [www.iied.org](http://www.iied.org) und [www.neweconomics.org](http://www.neweconomics.org)
- 95 S. u.a. Social Watch Report 2004, *Fear and Want – Obstacles to Human Security*, S. 36; s. Fußnote 72
- 96 <http://www.no-nukes.org>; [www.oeko.de/nuklear.htm](http://www.oeko.de/nuklear.htm) und [www.oeko.de/energie.htm](http://www.oeko.de/energie.htm)
- 97 Bislang hängen durch Proliferation verursachte Krisen und Risiken in allen Fällen auch mit der zivilen Nutzung von Atomkraft zusammen (u.a. Kenntnisse und Materialquellen).
- 98 Die Schaffung eines diplomatischen Dienstes (European External Action Service – EEAS) der EU (komplementär zu und aufbauend auf den Diensten der Mitgliedsstaaten), der dem EU-Außenminister sowie der GD Außenbeziehungen der Europäischen Kommission zugeordnet wäre, ist abhängig von Inkrafttreten des Verfassungsvertrags. Jedoch wurde der Hohe Repräsentant Solana schon vorab beauftragt, direkt nach Inkrafttreten einen Vorschlag für die Ausgestaltung des diplomatischen Dienstes vorzulegen; ein Konzept zum EEAS soll im 2. Halbjahr 2005 vorliegen. Intendiert ist, den EU-diplomatischen Dienst auch anderen Generaldirektionen und Politikfeldern zur Verfügung zu stellen. Außerdem soll die Fähigkeit der EU zur „präventiven Diplomatie“ fortentwickelt werden.
- 99 „Convergent policy-making has to be transparent. If we want others to share our goals, they must be able to see that we mean business and have nothing to hide. If we disagree with them, we must be willing to debate....“ (Peter Hain, ehem. Staatssekretär im britischen Außenministerium, *The End of Foreign Policy? – British Interests, Global Linkages and Natural Limits*, (Royal Institute for International Affairs, in Kooperation mit der Fabian Society und green alliance, 2001, S. 7)
- 100 S. Fußnote 91.
- 101 Peter Hain, S. 33 (s. vorherige Fußnote)
- 102 „Convergent diplomacy begins at home, and many of the deepest problems in the current international system have their roots in national processes.“ – Peter Hain, „The End of Foreign Policy? – British Interests, Global Linkages and Natural Limits“, (Royal Institute for International Affairs, in Kooperation mit der Fabian Society und green alliance, 2001), S. 31